



Dezernent

Arta Georg Dittmar
Telefon 07031-663 1462
Telefax 07031-663 1618
a.dittmar@lrabb.de
Zimmer B 254

22. November 2011

Feststellung der Jahresabschlüsse 2009 und 2010

Anlagen: Rechenschaftsberichte 2009 und 2010

I. Vorlage an den

Verwaltungs- und Finanzausschuss zur Vorberatung am	05.12.2011
Kreistag zur Beschlussfassung am	19.12.2011

II. Beschlussantrag

1. Der erstmals nach den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung erstellte Jahresabschluss des Landkreises zum **31.12.2009** wird gemäß Anlage 1 laut Schlussbilanz 31.12.2009 mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

AKTIVA:

Immaterielle Vermögensgegenstände	1.968.928,76 EUR
Sachvermögen	199.401.918,75 EUR
Finanzvermögen	90.196.335,03 EUR
Abgrenzungsposten	10.523.755,15 EUR

PASSIVA:

Basiskapital	124.274.351,23 EUR
Rücklagen	9.044.554,27 EUR
Sonderposten Investitionszuweisungen	71.885.699,27 EUR
Rückstellungen	5.573.090,70 EUR
Verbindlichkeiten	89.737.610,43 EUR
Abgrenzungsposten	1.575.631,79 EUR.

In der Ergebnisrechnung betragen das	
ordentliche Ergebnis	7.771.576,24 EUR,
außerordentliche Ergebnis	318.678,03 EUR.

In der Finanzrechnung beträgt	
der Bestand liquider Mittel	19.564.525,51 EUR.

2. Der Jahresabschluss des Landkreises zum **31.12.2010** wird gemäß Anlage 2 laut Schlussbilanz 31.12.2010 mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

AKTIVA:

Immaterielle Vermögensgegenstände	730.525,49 EUR
Sachvermögen	210.160.843,67 EUR
Finanzvermögen	89.117.371,60 EUR
Abgrenzungsposten	18.528.305,05 EUR

PASSIVA:

Basiskapital	120.310.035,28 EUR
Rücklagen	25.256.073,56 EUR
Sonderposten Investitionszuweisungen	79.806.854,78 EUR
Rückstellungen	6.199.891,00 EUR
Verbindlichkeiten	84.585.657,65 EUR
Abgrenzungsposten	2.378.533,54 EUR.

In der Ergebnisrechnung betragen das	
ordentliche Ergebnis	16.739.597,32 EUR,
außerordentliche Ergebnis	-4.288.993,98 EUR.

In der Finanzrechnung beträgt	
der Bestand liquider Mittel	19.193.012,42 EUR.

III. Begründung

Allgemeines zum ersten doppelhaushaltlichen Jahresabschluss: Am 22.04.2009 hat der Landtag von Baden-Württemberg das „Gesetz zur Reform des Gemeindefinanzrechts“ beschlossen. Dieses Gesetz trat rückwirkend zum 01.01.2009 in Kraft. Mit der Änderung der Gemeindeordnung, der Gemeindekassenverordnung und der Gemeindefinanzhaushaltsverordnung wurden die rechtlichen Grundlagen für die Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechts geschaffen. Zu den Entwürfen der neuen doppelhaushaltlichen Gemeindekassenverordnung und –haushaltsverordnung haben die Spitzenverbände am 07.08.2009 eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben. Mit Beschluss vom 11.12.2009 hat der Landtag schließlich die neue doppelhaushaltliche Gemeindekassen- und –haushaltsverordnung (GemHVO) beschlossen, die beide am 01.01.2010 in Kraft getreten sind. Mit dem Erlass der Verwaltungsvorschrift Produkt- und Kontenrahmen vom 11.03.2011 liegen alle Grundlagen für ein Neues Kommunales Haushaltsrecht vor.

Landkreis Böblingen: Die Landkreise Böblingen, Ravensburg und der Enzkreis waren Pilotlandkreise 2009 bei der Umstellung auf die Doppik, denen inzwischen auf 01.01.2010 und 01.01.2011 weitere je acht Landkreise gefolgt sind und auf 01.01.2012 weitere sechs Landkreise folgen werden.

Mit Verfügung des damaligen Landrats Bernhard Maier vom 25.01.2007 wurde eine Projektorganisation im Landratsamt eingerichtet, die aus einer Lenkungsgruppe, der Projektleitung und sieben Teilprojekten bestand. Am 18.04.2007 fand eine erste Projektgruppensitzung im KDRS statt, die einen Fahrplan für die Einführung, die ersten Details für den Aufbau eines Prototypen SAP-IP2 und die Entscheidung über Pilotbereiche oder das gesamte Haus zum Inhalt hatte. Im Jahr 2008 wurde zusätzlich eine Projektgruppe Doppik mit Kreistagsmitgliedern gebildet, die über den internen Sachstand und Fragestellungen informiert und um Entscheidungen gebeten wurde. Am 11.02.2008 fand im Landratsamt eine Informationsveranstaltung mit Herrn Prof. Ade von der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung und Finanzen, Ludwigsburg, über das Neue Haushalts- und Rechnungswesen statt.

In den Jahren 2008 – 2010 hat die Projektgruppe des Kreistags die verschiedenen Fragestellungen und Auswirkungen auf den neuen Haushalts- und Rechnungsstil maßgeblich begleitet und die Beschlussfassung über das Wahlrecht für die Abschreibungen der vor 31.12.2008 erhaltenen und geleisteten Investitionszuschüsse sowie die Eröffnungsbilanz 01.01.2009 vorbereitet. Parallel dazu fanden verschiedene Sitzungen mit der Gemeindeprüfungsanstalt zu komplexen Themen wie Bewertung und Abschreibung des beweglichen Anlagevermögens, der Gebäude, der Straßen und der Ausweisung von Sonderposten für geleistete Investitionskostenzuschüsse für Altenpflegeheime und an die Kreiskliniken statt.

Nach diesen Vorarbeiten haben der Verwaltungs- und Finanzausschuss (VFA) am 28.02.2011 und der Kreistag am 14.03.2011 die Bewertungs- und Abschreibungsgrundsätze sowie die Ausübung der Wahlrechte nach § 62 Abs. 6 GemHVO beschlossen. Die Verwaltung hat anschließend die Beschlüsse in der Eröffnungsbilanz 01.01.2009 und Ergebnisrechnung 2009 – soweit technisch möglich – umgesetzt und korrigiert.

Schließlich wurden im VFA am 09.05.2011 und Kreistag am 23.05.2011 die Eröffnungsbilanz 01.01.2009 und der „Start in die doppischen Bilanzen“ im Landkreis Böblingen beschlossen.

Zur Beschlussfassung liegen nun die Eröffnungsbilanzen 01.01.2010 und 01.01.2011 sowie die Ergebnis- und Finanzrechnungen 2009 und 2010 vor.

Die Jahresrechnung ist gemäß § 110 Gemeindeordnung (GemO) vor ihrer förmlichen Feststellung durch das Amt für Prüfung und Kommunalaufsicht zu prüfen. Diese Prüfung ist erfolgt und liegt den Kreisräten ebenfalls für diese Sitzung vor. Die Jahresrechnungen sind durch die beigefügten Rechenschaftsberichte nach den gesetzlichen Vorgaben erläutert.

Die Voraussetzungen für die förmlichen Beschlüsse über die Jahresrechnungen 2009 und 2010 in Form der Schlussbilanz und der Ergebnisse in der Ergebnis- und Finanzrechnung liegen somit vor.

Rechnungsjahr 2009:

Erträge:

Finanzausgleich: Die Zuweisungen nach mangelnder Steuerkraft lagen um mehr als 2,0 Mio. EUR unter dem Planansatz. Die Grunderwerbsteuer erbrachte 2,4 Mio. EUR weniger, sodass insgesamt ca. 5,0 Mio. EUR geringere Erträge zu verbuchen waren.

Mehr-Erträge bei Gebühren sind auf die höheren Kfz.-Zulassungszahlen aufgrund der Abwrackprämie und einmaligen naturschutzrechtlichen Genehmigungen zurückzuführen.

Bei der Sozialen Sicherung erfolgten höhere Erträge bei der Wohngeld-Nettoentlastung mit 0,9 Mio. EUR, der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft mit 0,4 Mio. EUR und den Sonstigen Transfererträgen mit 0,9 Mio. EUR.

Bedingt durch die anhaltend niedrigen Zinsen fielen die Zinserträge mit 0,2 Mio. EUR geringer als geplant aus. Die Bußgelderträge sind ebenfalls um 0,2 Mio. EUR niedriger als geplant.

Aufwendungen:

Da die Tarifierhöhungen im Öffentlichen Dienst höher ausfielen als bei der Planung bekannt, schloss das Personalbudget um 0,7 Mio. EUR schlechter ab.

Soziale Sicherung: Während der Zuschussbedarf bei der Kinder- und Jugendhilfe um ca. 1,2 Mio. EUR überschritten wurde, führten günstigere Aufwandsentwicklung und höhere Erstattungen bei den Sozialen Hilfen zur einem im Saldo des gesamten Sozialbudgets um 1,7 Mio. EUR geringeren Zuschussbedarf.

Analog zu den niedrigeren Zinserträgen, fiel auch der Zinsaufwand für Kassenkredite um ca. 0,3 Mio. EUR geringer aus.

Die Energiekosten und die Kosten der Straßenbetriebsdienste fielen wegen des harten Winters höher aus. Ebenso ist der Soziallastenausgleich höher ausgefallen als geplant. Der Mehraufwand beträgt insgesamt 1,0 Mio. EUR

Die Kosten der Unterkunft (sonstige ordentliche Aufwendungen) waren um 1,3 Mio. EUR höher als geplant.

Die Ergebnisrechnung:

Somit wurden vom geplanten Überschuss von 14,812 Mio. EUR nur 7,771 Mio. EUR erreicht, die der Rücklage zugeführt wurden. Details ergeben sich aus der Darstellung der Teil-Ergebnisrechnungen (Fachamtsbudgets) im Rechenschaftsbericht.

Das außerordentliche Ergebnis war mit 0,318 Mio. EUR erfreulich. Der Ertrag entstand aus einem höheren Erlös für ein Grundstück und wurde der außerordentlichen Rücklage zugeführt.

In der Finanzrechnung gingen die liquiden Mittel um 4,504 Mio. auf 19,564 Mio. EUR zurück, da Baumaßnahmen, Kredittilgung, Auszahlungen für Investitionsförderungen wie geplant abgewickelt wurden, aber die Ertragsrechnung geringere Einzahlungen zu verzeichnen hatte (siehe oben).

Informationen zu Bilanzveränderungen vom 01.01.09 auf 31.12.09:

AKTIVA:

Der Wert des Sachvermögens stieg unwesentlich von 197,793 Mio. EUR auf 199,401 Mio. EUR: Der positive Saldo setzt sich aus den Abschreibungen und dem erstmaligen Ausweis der Anlagen im Bau, die aus technischen Gründen auf 01.01.09 nicht dargestellt werden konnten, zusammen.

Das Finanzvermögen verringerte sich von 94,511 auf 90,196 Mio. EUR: Das Stammkapital des „Eigenbetrieb Kreiskliniken des Landkreises Böblingen“ wurde nach der Spiegelbildmethode angepasst, die privatrechtlichen Forderungen stiegen um 1,2 Mio. EUR und die liquiden Mittel sanken um 4,3 Mio. EUR.

Die Abgrenzungsposten stiegen um 4,6 Mio. EUR, da im Dezember höhere Sozial- und Jugendhilfezahlungen und ARGE-Lastschriften erfolgten und der Sonderposten für die Investitionszuschüsse an die Kreiskliniken und an Altenpflegeheime von 3,906 Mio. EUR erstmalig bilanziert wurde.

PASSIVA:

Das Basiskapital wurde um 2,516 Mio. EUR verringert, da die Veränderungen des Stammkapitals des „Eigenbetriebs Liegenschaften des Landkreises Böblingen“ hier gegengebucht werden. Die Überschüsse der Ergebnisrechnung mit 7,771 Mio. EUR ordentliches Ergebnis und mit 0,318 Mio. EUR Sonderergebnis wurden der jeweiligen Rücklage zugeführt. Die Rücklagen der Schulen wurden um 77 TEUR abgebaut und die erhaltenen Investitionszuweisungen um 2,737 Mio. EUR im Saldo abgeschrieben.

Erstmalig wurden auf der Grundlage des VFA-Beschlusses Rückstellungen mit 2,976 Mio. EUR gebildet.

Bei den Investitionsdarlehen wurden 5,850 Mio. EUR auf den Schuldenstand 85,645 Mio. EUR getilgt. Die Verbindlichkeiten aufgrund Rechnungen in 2010 mit Lieferung und Leistung in 2009 stiegen um 2,246 Mio. EUR.

Bei den Abgrenzungsposten wurden die durchlaufenden Gelder als Verpflichtung um 0,8 Mio. EUR erhöht.

Rechnungsjahr 2010:

Erträge:

Die Rückzahlung bei der Wohngeld-Nettoentlastung betrug 1,046 Mio. EUR. Im Finanzausgleich erfolgten höhere Erträge von 6,96 Mio. EUR, bei dem Ersatz von Sozialleistungen war eine Steigerung von 0,455 Mio. EUR zu verzeichnen, bei den Kostenerstattungen von Bund, Land, Arbeitsagentur entstanden höhere Erträge von 0,808 Mio. EUR, bei den sonstigen ordentlichen Erträgen höhere Erträge mit 0,63 Mio. EUR und den Abschreibungen von Sonderposten ebenfalls höhere Erträge mit ca. 0,7 Mio. EUR. Im Gesamtergebnis entstanden Mehr-Erträge von 8,375 Mio. EUR gegenüber der Planung.

Aufwendungen:

Bei den Personalaufwendungen konnten durch Personalmaßnahmen 0,357 Mio. EUR eingespart werden, denen jedoch nicht geplante Altersteilzeitrückstellungen mit 0,243 Mio. EUR entgegenstanden, sodass im Saldo 0,114 Mio. EUR eingespart wurden.

Bei den Sach- und Dienstleistungen sind höhere Aufwendungen insbesondere beim Amt für Straßenbau in den Straßenmeistereien entstanden.

Die Abschreibungen verliefen mit 1,088 Mio. EUR höher als der Planwert, da Abschreibungen in der Planung für Investitionen im Planjahr nicht simuliert werden konnten.

Wie bei den Erträgen entstand auch auf der Aufwandsseite ein geringerer Aufwand bei den Zinsen mit 0,428 Mio. EUR.

Die Umlage für den Soziallastenausgleich mit 0,4 Mio. und die anderen Sozialen Leistungen fielen um 1,3 Mio. EUR geringer aus.

Bei den Transferaufwendungen entstanden bei den Kosten der ARGE für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitslose im Vergleich zum Planansatz Mehraufwendungen von 0,3 Mio. EUR.

Die Ergebnisrechnung:

Insgesamt wurden höhere Erträge von 8,375 Mio. EUR bei einer Punktlandung bei den Aufwendungen erzielt, sodass eine Zuführung an die ordentliche Rücklage mit 16,739 Mio EUR gebucht werden konnte.

Das außerordentliche Ergebnis von 4,282 Mio. EUR Mehraufwendungen entstand durch die jährliche Anpassung der Entwicklung der Kapitalrücklagen des Eigenbetriebs Liegenschaften der Kreiskliniken sowie Korrekturen in der Anlagebuchhaltung bei den Anschaffungswerten. Der Aufwandssaldo von 4,282 Mio. EUR wurde durch die Entnahme aus der Sonderrücklage 2009 auf 3,964 Mio. EUR verringert und mit dem Eigenkapital verrechnet, sodass sich das Eigenkapital von 124,2 Mio. auf 120,3 Mio. EUR verringerte.

In der Finanzrechnung gingen die liquiden Mittel um 0,371 Mio. auf 19,193 Mio. EUR zurück, da Baumaßnahmen, Kredittilgung, Auszahlungen für Investitionsförderungen wie geplant abgewickelt wurden; das geplante Investitionsdarlehen (1,950 Mio. EUR) wurde noch nicht aufgenommen.

Informationen zu Bilanzveränderungen vom 01.01.10 auf 31.12.10:

AKTIVA:

Der Wert des Sachvermögens stieg von 199,401 Mio. auf 210,160 Mio. EUR: Der positive Saldo setzt sich aus den Abschreibungen, den Wertsteigerungen beim Infrastrukturvermögen und der Zunahme bei den Anlagen im Bau zusammen.

Das Finanzvermögen verringerte sich von 90,196 auf 89,117 Mio. EUR: Das Stammkapital des „Eigenbetriebs Kreiskliniken des Landkreises Böblingen“ wurde geringer, die öffentlich-rechtlichen Forderungen stiegen um 1,3 Mio. EUR und die liquiden Mittel sanken um 0,371 Mio. EUR.

Die Abgrenzungsposten stiegen um 8 Mio. EUR, da sich der Sonderposten für die Investitionszuschüsse an die Kreiskliniken und für Altenpflegeheime um 9,8 Mio. EUR erhöhte und die Zahlungen an die ARGE nicht mehr als Abgrenzung zu bilanzieren waren.

PASSIVA:

Das Basiskapital wurde um 3,964 Mio. EUR verringert, da die Entwicklung des Stammkapitals des „Eigenbetriebs Liegenschaften des Landkreises Böblingen“ hier gegengebucht wird und die Wertkorrekturen in der Anlagenbuchhaltung (Aufwendungen) mit dem Basiskapital verrechnet werden. Der Überschuss der Ergebnisrechnung mit 16,739 Mio. EUR wurde der Rücklage zugeführt. Die Rücklagen der Schulen wurden um 209 TEUR abgebaut. Die erhaltenen Investitionszuweisungen erhöhten sich trotz Abschreibungen um 7,921 Mio. EUR.

Die gesetzlichen Rückstellungen für Altersteilzeit wurden um 379 TEUR und die Instandhaltungsrückstellungen um 187 TEUR erhöht.

Die Verpflichtungen gegenüber dem Land bei den Unterhaltsforderungen wurden auf 66 Prozent der offenen Forderungen bei einer Erfolgsquote von 55,65 Prozent angepasst.

Bei den Investitionsdarlehen wurden 3,665 Mio. EUR auf den Schuldenstand 81,980 Mio. EUR getilgt. Die Verbindlichkeiten aufgrund Rechnungen in 2011 mit Lieferung und Leistung in 2010 betrugen 2,217 Mio. EUR.

Bei den Abgrenzungsposten wurden die durchlaufenden Gelder als Verpflichtung um 0,8 Mio. EUR erhöht.

FAZIT:

Mit dem Umstieg auf ein kaufmännisches SAP-Verfahren war eine Vielzahl neuer edv-technischer Einrichtungen und buchungstechnischer Abläufe verbunden. Die Anlagenbuchhaltung war erst im Herbst 2010 so weit, dass die Daten vollständig übernommen und abgeschrieben werden konnten. Die Verwaltung wird die Feststellungen des Prüfberichts des Amtes für Prüfung und Kommunalaufsicht bis Ende 2012 abarbeiten. Die Ergebnisrechnungen der Jahre 2009 und 2010 waren durch große wirtschaftliche Schwankungen und im Landratsamt durch die Planung auf neue Kontierungselemente in der Finanzrechnung sowie erstmalig durch Abschreibungen in der Ergebnisrechnung und die neue Organisationsstruktur ab 01.01.2010 mit völlig neuen Kostenstellen gekennzeichnet.

2009: Aufgrund der geringeren Erträge, aber Aufwendungen in geplanter Höhe bei Personal und Sozialen Transferaufwendungen konnte nur ein Überschuss von 7,771 Mio. EUR gegenüber geplanten 14,812 Mio. EUR in der Ergebnisrechnung erwirtschaftet und der Rücklage zugeführt werden.

Die Finanzrechnung schloss in der reinen Verwaltungstätigkeit (bisher Verwaltungshaushalt) mit einem Finanzmittelüberschuss von 14,587 Mio. EUR ab, der den negativen Saldo von 15,105 Mio. EUR bei Einzahlungen und Auszahlungen der Investitionen nahezu auffangen konnte. Wird die Investitionskredittilgung von 5,849 Mio. EUR mitgerechnet, so konnte für 9,2 Mio. EUR neues Vermögen geschaffen werden.

Die Eigenkapitalquote des Landkreises (Basiskapital zu Bilanzsumme) sank wegen Anpassungen der Stammkapitalentwicklung beim Eigenbetrieb Liegenschaften der Krankenhäuser von 42,5 Prozent auf 41,1 Prozent.

2010: Die Ertragslage verbesserte sich gegenüber dem Plan um 8,375 Mio. EUR, während die Aufwendungen in der Summe eine Punktlandung ergaben. Der ordentliche Überschuss von 16,739 Mio. EUR wurde der Rücklage zugeführt, die damit einen Stand von 24,511 Mio. EUR erreicht. Die Rücklage ist im Anlagevermögen gebunden und steht nicht für Zukunftsfinanzierungen zur Verfügung.

Die Finanzrechnung schloss in der Verwaltungstätigkeit mit einem Finanzmittelüberschuss von 23,319 Mio. EUR ab, der den negativen Saldo von 20,607 Mio. EUR bei Einzahlungen und Auszahlungen der Investitionen auffing. Die Investitionskredittilgung betrug 3,665 Mio. EUR, sodass für 19,654 Mio. EUR neues Vermögen gebildet wurde. Die liquiden Mittel gingen von 19,654 Mio. auf 19,193 Mio. EUR zurück. Die Eigenkapitalquote des Landkreises sank wegen der Anpassung an die Stammkapitalquote des Eigenbetriebs Liegenschaften der Krankenhäuser und Wertekorrekturen im Anlagevermögen von 41,1 Prozent auf 37,8 Prozent. Sie wäre um die im Anlagevermögen gebundenen Rücklagen zu erhöhen.



Roland Bernhard